

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 181. und 182. Ratssitzung vom 10. Juli 2013

4127. 2013/174 Weisung vom 22.05.2013: Zusatzkredite I. Serie 2013

Antrag des Stadtrats

1. Für das Jahr 2013 werden gemäss der vorstehenden detaillierten Zusammenstellung zusammenfassend folgende Zusatzkredite I. Serie bewilligt:

Art	Laufende Rechnung Fr.	Investitions rechnung Fr.
1. Zusatzkredite	30 216 800	32 709 800
2. Kreditübertragungen	+5 622 100 -5 622 100	+3 440 000 -3 440 000
Zusatzkredite brutto	30 216 800	32 709 800

2. Es wird davon Kenntnis genommen, dass

	Laufende Rechnung Fr.	Investitions rechnung Fr.
- den Zusatzkrediten von	30 216 800	32 709 800
- den Kreditübertragungen von	+5 622 100	+3 440 000
auf anderen Konten gegenüberstehen:		
- verursachte Minderaufwendungen bzw. Minderausgaben aus den Kreditübertragungen von	-5 622 100	-3 440 000
- Minderaufwendungen/Mehrerträge bzw. Minderausgaben/Mehrein- nahmen aus den Zusatzkrediten von	-9 212 600	-7 786 300

sodass sich Netto-Mehrausgaben ergeben von	21 004 200	24 923 500
--	------------	------------

Eintretensdebatte:

Namens der Rechnungsprüfungskommission (RPK) stellt der Präsident Roger Liebi (SVP) die Weisung zu den Zusatzkrediten I. Serie 2013 vor.

Roger Liebi (SVP): *Dieses Jahr ist ein Bericht zu den Zusatzkrediten nicht notwendig. Die Mitglieder des Gemeinderats nehmen die Budgethoheit ernst und haben die Weisung gelesen. Ich möchte deshalb darauf verzichten, sämtliche Punkte durchzugehen. Ich möchte allerdings darauf hinweisen, dass im Falle der Zustimmung zu allen Zusatzkrediten die laufende Rechnung netto um rund 21 Millionen Franken schlechter ausfallen wird, als im Budget angegeben. Somit wird das Defizit nicht 39 Millionen, sondern 60 Millionen Franken betragen. Bei den Investitionen werden rund 25 Millionen Franken zusätzlich veranlagt. Dies hängt vor allem mit dem Glasfasernetz zusammen. Die Kommission hat vielseitige Fragen gestellt und erhielt geeignete Antworten.*

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Rebekka Wyler (SP): *Die RPK hat die Weisung geprüft, Fragen gestellt und die Antworten diskutiert.*

Roger Liebi (SVP): *Die SVP ist gegen die Annahme der Zusatzkredite. Einige hätten in das aktuelle oder nächste Budget aufgenommen werden können. Das aktuelle Budget sah Ende Jahr 2012 verhältnismässig gut aus, verschlechterte sich dann allerdings. Das aktuelle Defizit beträgt 39 Millionen Franken, durch diese Zusatzkredite werden wir ein Defizit von 60 Millionen Franken erhalten. Die Stadt Zürich ist nicht willens Einsparungen zu machen.*

Eintreten ist unbestritten.

Die RPK beantragt, die Zusatzkredite I. Serie 2013 des Stadtrats unter Berücksichtigung der folgenden Änderungen (Anträge der RPK zur Dispositivziffer 1) zu genehmigen:

Antrag 1)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): *Die Co-Präsidentin des Theaterspektakels stellte letzten Dezember fest, dass sie dieses Jahr vorzeitig zurücktreten möchte. Diese Altersrücktritte werden häufiger und gehen zulasten des Steuerzahlers. Werden die 80 000 Franken aufge-*

schlüsselt, so bestehen sie aus 56 000 Franken Lohnkosten und 23 000 Franken Zeitguthaben, das die Co-Präsidentin erhalten soll, obwohl sie etliche Jahre früher zu arbeiten aufhört. Ich bin überzeugt, dass die Altersrücktritte nochmal überdacht werden müssen.

Samuel Dubno (GLP): Die Co-Leiterin des Theaterspektakels war 31 Jahre lang in dieser Position tätig. Dass die Stelle für eine gewisse Zeit doppelt besetzt werden muss, um die bestehenden Erfahrungen weitergeben zu können, ist für die Mehrheit der RPK unbestritten. Die Leitung des Theaterspektakels besteht aus einer künstlerischen, technischen und administrativer Leitung. Es ist somit nicht möglich die Tätigkeiten der bisherigen administrativen Leiterin einem anderen Leiter zu übertragen.

1.1 Dringliche Zusatzkredite

S. 2	15 1501 3010 0000	Präsidialdepartement Kultur Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals		
1)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	80 000	Mehrheit	Samuel Dubno (GLP), Referent; Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Präsident Roger Liebi (SVP), Referent; Dr. Daniel Regli (SVP)
	Verbesserung	80 000		
	Begründung	Altersrücktritte müssen nicht zwingend ersetzt werden		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 93 gegen 25 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

1.2 Dringliche Kreditübertragungen

Es wurden keine dringlichen Kreditübertragungen beantragt.

Antrag 2)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Walter Angst (AL): Im Rahmen der letzten Budgetdebatte wurde diese Angelegenheit bereits diskutiert. Die SP reichte ein Postulat ein und vertrat die Ansicht, man könne den

belgischen Arbeitnehmerinnen und -nehmern Arbeitsplätze nicht wegnehmen und damit argumentieren, dass ein bestehendes Grundrecht in der Schweiz nicht genutzt werde. Der Kredit wurde aus dem Budget gestrichen, jetzt taucht er in den Zusatzkrediten wieder auf. In der Kommission haben wir intensive Nachfragen dazu gestellt. Dank Samuel Dubno (GLP) wissen wir, dass der «Code of Conduct» entwickelt wurde, der sicherstellt, dass von unseren Standortmarketingverantwortlichen keine grundrechtswidrigen Handlungen kritisiert werden. Unserer Meinung nach ist die Greater Zurich Area (GZA) unnötig, der Standort Zürich ist auch so stark genug.

Dr. Urs Egger (FDP): *Die FDP ist überzeugt, dass die GZA eine sinnvolle Institution ist. Wir stehen in einem internationalen Standortwettbewerb und es gehört dazu, bestimmte Vorzüge des Standorts anzupreisen. Der «Code of Conduct» wurde definiert, weshalb auch die SP diese Institution und den Wettbewerb zwischen den Standorten befürwortet*

Weitere Wortmeldungen:

Dr. Daniel Regli (SVP): *Wir möchten, dass sich die Stadt Zürich von diesem Verein verabschiedet. Gemäss des «Code of Conduct» wird die GZA ihrer ursprünglichen Zielsetzung weniger gut nachkommen können. Es handelt sich bereits jetzt um ein Gremium, das vor allem liberale und linke wirtschaftliche Positionen vertritt. Die GZA positioniert sich nicht zu wichtigen aktuellen wirtschaftlichen Themen, die für die SVP zentral sind, wie beispielsweise zur Volksinitiative 1:12. Dafür verteidigt die GZA die Personenfreizügigkeit. Des Weiteren ist die Mittelverwendung der GZA nicht transparent.*

Rebekka Wyler (SP): *Wir besitzen eine pragmatische Haltung. Wir haben uns für mehrere Jahre verpflichtet, in der GZA mitzuwirken. Wenn wir heute den Zusatzkredit ablehnen, kann die GZA diesen Entscheid vor den Bezirksrat ziehen.*

Markus Hungerbühler (CVP): *Am 7. März 2012 genehmigte dieser Rat Beiträge für die Jahre 2012 bis 2015 an die GZA. Es ist unseriös, diese bereits gesprochenen Beiträge über die Zusatzkredite streichen zu wollen. Diese Organisation ist nötig und hat Erfolge erzielt. Es geht um übergeordnete Interessen und um den Standort Zürich.*

Christoph Spiess (SD): *Es wird der Anschein erweckt, dass wir eine Randregion sind, die um Arbeitsplätze kämpfen muss. Dies ist nicht der Fall, es besteht Fachkräftemangel, die Betriebe werden die Arbeitslosen nicht beschäftigen. Wir sollten den Standortwettbewerb denjenigen überlassen, die die nötigen Leute und den nötigen Platz für Wachstum besitzen. Die Region ist heute schon viel zu gross, wir brauchen kein weiteres Wachstum.*

Namens des Stadtrats nimmt die Stadtpräsidentin Stellung.

STP Corine Mauch: *Die Frage, ob die GZA nötig ist, wurde im März 2012 debattiert und bejaht. Heute geht es um den Nachtragskredit. Infolge der Ereignisse in Belgien wurde*

der Budgetkredit im Parlament gestrichen und durch ein Postulat begleitet, das entsprechende Regeln für die GZA forderte. Die GZA hat die Forderung mit dem «Code of Conduct» erfüllt. Der Vorfall in Belgien hätte sich nicht ereignen dürfen. Die GZA hat dies erkannt und Massnahmen ergriffen. Der Gemeinderat hat die Rechtsgrundlage geschaffen, es ist rechtlich nicht möglich einen eigenen referendumsfähigen Beschluss über das Budget zu derogieren.

2.1 Ordentliche Zusatzkredite

S. 3	15 1505 3650 0000	Präsidialdepartement Stadtentwicklung Beiträge an private Unternehmungen		
2)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	250 000	Mehrheit	Dr. Urs Egger (FDP), Referent; Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Walter Angst (AL), Referent; Präsident Roger Liebi (SVP), Dr. Daniel Regli (SVP), Karin Rykart Sutter (Grüne)
			Enthaltung	Samuel Dubno (GLP)
	Verbesserung	250 000		
	Begründung	AL, Grüne: «Code of Conduct» ungenügend SVP: Keine Beteiligung an GZA		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 62 gegen 45 Stimmen zu. Der Antrag des Stadtrats scheidet jedoch am Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse. Damit wird der Zusatzkredit nicht bewilligt.

Antrag 3)

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

Samuel Dubno (GLP): Es geht um zusätzliche Stellen, die die OIZ schaffen möchte. Teils handelt es sich um Stellen, die es ermöglichen sollen, dass bislang extern erbrachte Dienstleistungen durch interne Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erbracht werden können. Die Minderheit 1 hält es für unbestritten, dass die internen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gegenüber externen Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen Einsparungen bringen. Allerdings sind aus unserer Sicht nicht alle Stellen notwendig. Die ausgewiesenen Einsparungen sind an zwei Stellen sehr gering, so dass es fraglich ist, ob sie realisiert werden können. Eine externe Unterstützung bietet auch ein erhöhtes Mass an Flexibilität. In der IT wird es nie möglich sein, sämtlichen Aufgaben mit internem Personal gerecht werden zu können.

Roger Liebi (SVP): Wir sind der Ansicht, dass keine Notwendigkeit für die zusätzlichen internen Stellen besteht. In diesem Rat wurde wiederholt darüber gejammer, dass es sehr schwer sei, im Informatikbereich genügend Leute zu finden. Die Begründung für diesen Antrag beruht auf zwei Argumenten. Einerseits gibt es derzeit genügend Leute, die man anstellen könnte, da die Nachfrage in den Banken nach entsprechendem Personal gesunken ist. Des Weiteren wird damit argumentiert, dass sich die IT-Umsetzung weiterentwickelt habe. Wir haben den Eindruck, dass hier eine Salamtaktik angewendet wird. Aus unserer Sicht kann mit dieser Angelegenheit bis zur nächsten Budgetdebatte gewartet werden.

Walter Angst (AL): Im letzten Herbst gab es eine Präsentation von Daniel Heinzmann, in der darauf hingewiesen wurde, dass die Möglichkeit der Reintegration von Aufträgen, die derzeit an Dritte delegiert werden, besteht. Des Weiteren wurden die Löhne von der OIZ sehr genau budgetiert und deshalb kann sie nun unbesetzte Stellen ohne Zusatzkredit nicht neu besetzen. Wir haben keinen Überblick über die IT-Kosten und es wird schwierig sein, zu überprüfen, ob die angekündigten Einsparungen realisiert werden. Die Mehrheit der RPK ist der Ansicht, dass eine stabile OIZ für die Stadt wichtig ist.

S. 4	20 2080 3010 0000 3030 0000 3040 0000 3050 0000	Finanzdepartement Organisation und Informatik Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals Sozialversicherungsbeiträge Personalversicherungsbeiträge Unfall- und Krankenversicherungsbeiträge		
3)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	2 900 000	Mehrheit	Walter Angst (AL), Referent; Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
	Neu 1 Verbesserung 1	2 760 000 140 000	Minderheit 1	Samuel Dubno (GLP), Referent; Dr. Urs Egger (FDP), Urs Schmid (FDP),
	Begründung 1	Nicht alle Stellen zwingend notwendig		
	Neu 2 Verbesserung 2	0 2 900 000	Minderheit 2	Präsident Roger Liebi (SVP), Referent; Dr. Daniel Regli (SVP)
	Begründung 2	Keine dringliche Notwendigkeit		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für die Anträge der Mehrheit und Minderheit 1:

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat/Mehrheit	(2 900 000)	61 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(2 760 000)	34 Stimmen

7 / 31

Antrag Minderheit 2	(0)	<u>23 Stimmen</u>
Total		118 Stimmen
= absolutes Mehr		60 Stimmen

Zur Ermittlung des Quorums der Ausgabenbremse werden in einer 2. Abstimmung die beiden obsiegenden Anträge gegenüber gestellt. Für die 2. Abstimmung ist der Antrag der Minderheit 2 ausgeschieden.

2. Abstimmung:

Dem Antrag der Mehrheit wird mit 61 gegen 57 Stimmen zugestimmt. Der Antrag des Stadtrats scheidet jedoch am Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse. Damit wird der Zusatzkredit nicht bewilligt. (Siehe Rückkommensantrag nach Antrag 16)

Antrag 4)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Mauro Tuena (SVP): Wir sind der Überzeugung, dass dieser Betrag nicht in die Zusatzkredite eingestellt werden muss. Es geht um eine Fehleinschätzung bei der Beschaffung der Hardware. Dieser Betrag müsste ordentlich für das Jahr 2014 budgetiert werden.

Walter Angst (AL): Der Wechsel auf andere PCs ist auf lange Sicht unausweichlich, da das ewz gewisse Programme auf den momentan genutzten PCs nicht nutzen kann.

S. 4	20 2080 3189 0000	Finanzdepartement Organisation und Informatik Entschädigungen für IT-Leistungen Dritter		
4)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	850 000	Mehrheit	Walter Angst (AL), Referent; Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Präsident Roger Liebi (SVP), Referent; Dr. Daniel Regli (SVP)
	Verbesserung	850 000		
	Begründung	Fehleinschätzung bei der Beschaffung der Hardware		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 95 gegen 23 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 5)

Kommissionsmehrheit-/minderheit:

Samuel Dubno (GLP): Es geht um die Überarbeitung des bestehenden Webshops parkkarten.ch. Der Webshop funktioniert einwandfrei, eine Überarbeitung ist aus unserer Sicht nicht nötig.

Florian Utz (SP): Der Gemeinderat hat bei der letzten Budgetdebatte beschlossen, dass mehr IT-Dienstleistungen intern erbracht werden sollen. Dies besitzt den Vorteil, dass die Kosten reduziert werden können. Der Nachteil ist jedoch, dass die Verwaltung flexibler werden muss. Bei einer internen Leistungserbringung muss auf die Kapazitäten der OIZ Rücksicht genommen werden.

Weitere Wortmeldung:

Roland Scheck (SVP): In der OIZ gibt es freie Kapazitäten. Diese Angestellten, die zu wenig zu tun haben, sollen nun am Parkverwaltungsmodul arbeiten. In der IT darf die Projektplanung nie am Ressourcenangebot ausgerichtet werden, es muss umgekehrt funktionieren. Der ursprüngliche Projektplan sollte eingehalten werden.

S. 5	25 2506 3910 0000	Polizeidepartement Blaue Zone Vergütung an OIZ für IT-Leistungen		
5)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	100 000	Minderheit	Florian Utz (SP), Referent; Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Christine Seidler (SP)
	Neu	0	Mehrheit	Samuel Dubno (GLP), Referent; Präsident Roger Liebi (SVP), Walter Angst (AL), Dr. Urs Egger (FDP), Dr. Daniel Regli (SVP), Urs Schmid (FDP)
			Enthaltung	Karin Rykart Sutter (Grüne)
	Verbesserung	100 000		
	Begründung	Weder dringend noch notwendig		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 39 Stimmen zu.

Antrag 6)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Marina Garzotto (SVP): In der letzten Budgetdebatte hat die SVP diese Position bekämpft. Wir wollten den Betrag von 25 Millionen Franken um zwei Millionen Franken kürzen, da der Entscheid der kantonalen Gesundheitsdirektion noch ausstand. Der Rat entschied sich gegen diese Kürzung. Die Gesundheitsdirektion legte die Beiträge und Tarife willkürlich so hoch fest und erwartet von der Stadt, dass sie diesem Betrag zustimmt. Deshalb sollen durch den Zusatzkredit die Beiträge an die Spitex erneut erhöht werden. Im Jahr 2011 wurden auf diesem Konto 21 900 000 Franken ausgegeben, 2012 stieg der Betrag auf beinahe 26 000 000 Franken und jetzt soll der Betrag mit dem Zusatzkredit fast 30 000 000 Franken betragen. Die Kostenspirale dreht sich immer weiter. Zugunsten der Kinder, der Kranken und Alten werden die städtischen Finanzen überfordert. Wir verlagern die Verantwortung zunehmend von der Familie auf den Staat. Die Stadt muss sich gegen den Kanton wehren können, es müssen andere Lösungen gefunden werden.

Karin Rykart Sutter (Grüne): Es ist sonderbar, wenn man meint, diesen Betrag nicht bezahlen zu müssen, nur weil er vom Kanton festgelegt wurde. Der Zusammenhang zwischen der Spitex und der Kinderbetreuung ist ebenfalls nicht einleuchtend. Es ist aber tatsächlich ärgerlich, dass das Normdefizit willkürlich vom Kanton festgelegt wurde. Fakt ist aber, dass die Kosten steigen.

S. 6	30 3010 3650 3000	Gesundheits- und Umweltdepartement Städtische Gesundheitsdienste Beiträge an private Unternehmungen für Leistungen der ambulanten Krankenpflege (Spitex)		
6)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	3 750 000	Mehrheit	Karin Rykart Sutter (Grüne), Referentin; Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Dr. Daniel Regli (SVP), Referent; Präsident Roger Liebi (SVP)
	Verbesserung	3 750 000		
	Begründung	Kann anders gelöst werden		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 90 gegen 23 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 7)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Daniel Regli (SVP): Dieser Zusatzkredit soll für weitere zehn Ausbildungsplätze verwendet werden. Am Horizont befindet sich die sozialistische Republik Zürich. Um an diesen Horizont zu gelangen, wird das System Schule geschwächt. Die Schulabsolventen besitzen zunehmend schwächere Persönlichkeiten und weitere Defizite. Die Wirtschaft reduziert daraufhin die Lehrstellen. Der Staat erhöht die Anzahl seiner Lehrstellen jedoch. Im Jahr 2010 wurden in der Stadt 37 800 000 Franken für Lehrplätze ausgegeben, jetzt beläuft sich der Betrag mit dem Zusatzkredit bereits auf 44 100 000 Franken. Der Schaden, der durch die städtische Schulpolitik entsteht, soll somit durch die Steigerung von Lehrstellen behoben werden. Die Stadt bietet 1000 Lehrstellen an, die Anzahl wird weiter steigen. In diesem System, das aufgebaut werden soll, braucht es immer mehr Betreuungspersonal.

Karin Rykart Sutter (Grüne): In den Altersheimen braucht es gut ausgebildetes Personal. Laufend werden neue Ausbildungsplätze geschaffen, dies kommt auch den zukünftigen Bewohnerinnen und Bewohnern der Altersheime zugute. Ab August sollen zehn zusätzliche Lehrstellen geschaffen werden.

S. 6	30 3026 3012 0000	Gesundheits- und Umweltdepartement Altersheime der Stadt Zürich Löhne des Personals in Ausbildung		
7)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	500 000	Mehrheit	Karin Rykart Sutter (Grüne), Referentin; Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Dr. Daniel Regli (SVP), Referent; Präsident Roger Liebi (SVP)
	Verbesserung	500 000		
	Begründung	Keine dringliche Ausgabe		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 87 gegen 23 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 8)

Kommissionsminderheit/-minderheit:

Roland Scheck (SVP): Für den Veloverkehr wird in dieser Stadt alles getan, auch wenn es anderen Verkehrsteilnehmern schadet. Es werden Trottoirs verkleinert, Fahrspuren reduziert, der öffentliche Verkehr behindert und die Menschen enteignet. Künftig sollen auch ganze Baumalleen gefällt werden. Dies hat nichts mehr mit vernünftiger Verkehrsplanung zu tun und widerspiegelt sich regelmässig im Budget und den Zusatzkrediten. In der Begründung werden Synergien erwähnt, die sich in den Baukosten niederschlagen. Gemäss dieser Begründung müssten Einsparungen vorliegen. Es sollen jedoch zusätzliche Aufwände entstehen. In der RPK stellten wir eine Nachfrage diesbezüglich und erfuhren, dass es sich dabei nicht um zusätzliche Aufwände handelt, sondern um vorgezogene Aufwände. Diese Erklärungsversuche widersprechen sich gegenseitig. Eine Ablehnung des Antrags wird keine gravierenden Auswirkungen auf das Projekt besitzen.

Dr. Urs Egger (FDP): Es geht um die Überquerung der Bahnlinie. Es handelte sich ursprünglich um ein teures Projekt, das rund 15 bis 20 Millionen Franken kosten sollte. Das Ersatzprojekt ist nun die Verwendung des bestehenden Stadttunnels. Dieses Projekt soll somit als Ersatz für die Querung dienen.

S. 7	35 3515 3182 0000	Tiefbau- und Entsorgungsdepartement Tiefbauamt Entschädigungen Planungs- und Projektierungsarbeiten Dritter		
8)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	300 000	Mehrheit	Dr. Urs Egger (FDP), Referent; Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Präsident Roger Liebi (SVP), Referent; Dr. Daniel Regli (SVP)
	Verbesserung	300 000		
	Begründung	Die Stadt benötigt keine neuen Velobauten		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 91 gegen 23 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 9)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Urs Egger (FDP): Es geht um die Anlage bei der Josefswiese. In der letzten Budgetdebatte bewilligte der Rat die beantragten vier Millionen nicht. In diesem Antrag wurde damit argumentiert, es handle sich um eine gefährliche Angelegenheit, da einzelne Teile bereits herunterfallen würden. Im Zuge der Nachfragen der RPK wurde diese Angelegenheit immer weniger dringlich, bis schliesslich angegeben wurde, die Angelegenheit könne auch erst im Jahr 2014 erledigt werden.

Florian Utz (SP): Das Geschäft wurde bereits in der letzten Budgetdebatte behandelt. In der Budgetdebatte vertraten wir die Ansicht, dass der Betrag für den Rückbau zu hoch sei und man deshalb überprüfen sollte, ob es günstigere Lösungen gibt. Diese Überprüfung ergab, dass Einsparungen von rund 2 500 000 Franken möglich sind. Das Projekt wurde somit optimiert. Der Rückbau kann tatsächlich irgendwann durchgeführt werden, allerdings müssen aus Sicherheitsgründen gewisse Unterhaltsarbeiten erledigt werden, die verloren gehen. Aus unserer Sicht ist es nicht sinnvoll, jedes Jahr Geld für den Unterhalt auszugeben, wenn der Rückbau in einigen Jahren auf jeden Fall durchgeführt wird.

Weitere Wortmeldung:

Roger Liebi (SVP): Ich halte die Begründung für diesen Zusatzkredit für unerträglich. Zunächst wurde angegeben, es bestünden höchste Sicherheitsrisiken. Die RPK war dieser Aussage gegenüber kritisch und erfuhr auf Nachfrage, dass der Rückbau auch erst nächstes Jahr durchgeführt werden kann.

S. 8	35 3555 3149 0000	Tiefbau- und Entsorgungsdepartement Entsorgung + Recycling Zürich Fernwärme Unterhalt übriger Anlagen		
9)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	1 389 700	Mehrheit	Florian Utz (SP), Referent; Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP)
	Neu	0	Minderheit	Dr. Urs Egger (FDP), Referent; Präsident Roger Liebi (SVP), Dr. Daniel Regli (SVP), Urs Schmid (FDP)
	Verbesserung	1 389 700		
	Begründung	Umsetzung im Jahr 2013 nicht zwingend notwendig		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

13 / 31

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 78 gegen 37 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 10)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): *Es geht um Übertragungen von Grundstücken vom Finanz- in das Verwaltungsvermögen. Wenn Land vom Finanz- in das Verwaltungsvermögen übertragen wird, ist es schwer, dieses Land wieder zu verkaufen. Die Stadt möchte ausserhalb der Stadt Landwirtschaft betreiben. Der tatsächliche Grund für diese Übertragung ist ein anderer. Dietikon wollte auf dem betreffenden Grundstück einen Golfplatz einrichten. Die Stadt beweist mit dieser Weisung, dass sie sich in die Planung anderer Gemeinden einmischt. Durch diese Übertragung wird auch die künftige Planung in Bezug auf das Grundstück verunmöglicht.*

Florian Utz (SP): *Es geht um den Erhalt von Grünflächen. Der Grossteil der betroffenen Grundstücke befindet sich auf städtischem Gebiet. Der Golfplatz in Dietikon wurde in der Abstimmung abgelehnt. Es kann somit von einer Eimischung von Zürich in fremde Hände keine Rede sein. Ebenfalls unbestritten ist der Grundsatz, dass Grünflächen auf städtischem Gebiet erhalten bleiben sollen.*

Weitere Wortmeldung:

Karin Rykart Sutter (Grüne): *Die Grünen finden es gut, dass auf dem betreffenden Grundstück nun Landwirtschaft betrieben werden kann.*

S. 9	35 3570 5500000 5503000	Tiefbau- und Entsorgungsdepartement Grün Stadt Zürich Erwerb von unüberbauten Grundstücken Erwerb und Erstellung von Liegenschaften: Sammelkonto		
10)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	962 000	Mehrheit	Florian Utz (SP), Referent; Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP)
	Neu	0	Minderheit	Präsident Roger Liebi (SVP), Referent; Dr. Daniel Regli (SVP)
			Enthaltung	Dr. Urs Egger (FDP), Urs Schmid (FDP)
	Verbesserung	962 000		
	Begründung	Nicht notwendig		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 94 gegen 23 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 11)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Walter Angst (AL): Die FIFA wollte sich ursprünglich mit 20 Millionen Franken an der Finanzierung des neuen Stadions beteiligen. Sepp Blatter änderte jedoch seine Meinung, da die Stadt entschied, keine Stehplätze anzubieten und dies nicht der FIFA-Norm entspricht. Im Winter 2011/2012 bat Martin Vollenwyder Sepp Blatter, die 20 Millionen Franken für den Umbau von Rasen- in Kunstrasenplätze zu bewilligen. Deshalb diskutieren wir nun darüber, wie aus den Erträgen der WM in Brasilien unsere Rasenplätze zu Kunstrasenplätzen umgebaut werden sollen. Aus finanzrechtlicher Sicht ist dies problematisch. Wir fragten, warum uns der Stadtrat für Geschäfte, die in der Kompetenz des Gemeinderats liegen, keine Weisung vorlegt. Wir erhielten die Antwort, dass es sich um gebundene Ausgaben handelt. Allerdings ist diese Aussage nicht korrekt. Der Gemeinderat ist für die Entscheidung über den Einsatz der Mittel zuständig.

Dr. Urs Egger (FDP): Die Einnahmen sind nicht aus der WM in Brasilien, sondern aus denjenigen Beträgen, die nicht an die entsprechenden Landesverbände verteilt werden. Die Entscheidung über den Einsatz der Mittel wurde der zuständigen Stadtbehörde überlassen. Damit ist nicht der Gemeinde-, sondern der Stadtrat gemeint. Der Stadtrat hat einen konkreten Vorschlag zur Verwendung der Mittel unterbreitet und konkrete Anlagen vorgeschlagen. Dies ist eine genügende Präzisierung des Verwendungszwecks, deshalb kann der Stadtrat die Mittel entsprechend einsetzen.

S. 9	35 3570 55024560	Tiefbau- und Entsorgungsdepartement Grün Stadt Zürich Sportanlage Juchhof 2: Sanierung Kunstrasenfeld AW4 und Beleuchtung Rasenfeld R5		
11)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	1 950 000	Mehrheit	Dr. Urs Egger (FDP), Referent; Präsident Roger Liebi (SVP), Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Dr. Daniel Regli (SVP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Walter Angst (AL), Referent
			Enthaltung	Samuel Dubno (GLP), Christine Seidler (SP)
	Verbesserung	1 950 000		
	Begründung	Weisung vorlegen		

15 / 31

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 111 gegen 7 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 12)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): *Es gibt einen weiteren, gleichlautenden Antrag, es geht somit insgesamt um 2 200 000 Franken, die für die Sanierung des Schulhauses Kappeli ausgegeben werden sollen. Es wurde bereits im Sommer 2012 festgestellt, dass diese Sanierung notwendig ist, trotzdem wurde sie nicht in der Budgetdebatte behandelt. Es ist für uns nicht ersichtlich, warum dieser Zusatzkredit auch für einen neuen Spielplatz verwendet werden soll. Dieser Spielplatz wurde bereits im Jahr 2007 beantragt. Wir finden es nicht zulässig, diesen Antrag über einen Zusatzkredit durchsetzen zu wollen.*

Florian Utz (SP): *Ein Teil der Ausgaben ist gebunden, ein Teil ist nicht gebunden. Nicht gebunden sind die 262 000 Franken für den Spielplatz. Die Streichung von 1 100 000 Franken würde zur Streichung sämtlicher ungebundener Kosten führen. Ob bei den gebundenen Kosten ebenfalls Streichungen durchgeführt würden, müsste man schauen. Diesen Spielplatz nur aus dem Grund zu streichen, dass der Antrag nicht im November, sondern erst jetzt gestellt wurde, ist den Kindern gegenüber hartherzig.*

S. 9	35 3570 55029350	Tiefbau- und Entsorgungsdepartement Grün Stadt Zürich Schulhaus Kappeli: Sanierung Umgebung		
12)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	1 100 000	Mehrheit	Florian Utz (SP), Referent; Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP)
	Neu	0	Minderheit	Präsident Roger Liebi (SVP), Referent; Dr. Urs Egger (FDP), Dr. Daniel Regli (SVP), Urs Schmid (FDP)
	Verbesserung	1 100 000		
	Begründung	Gesamtplanung nicht transparent		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 79 gegen 35 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 13)

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Samuel Dubno (GLP): Dieser Antrag wurde bereits in der Budgetdebatte behandelt. Seither hat sich nichts geändert.

Walter Angst (AL): Es ist nicht unsere Aufgabe, den Dienstchefs vorzuschreiben, wie sie ihre Mitarbeiter und Kunden animieren sollen, Wasser zu trinken. Die IMMO sollte diesbezüglich einen gewissen Spielraum besitzen.

Weitere Wortmeldung:

Roger Liebi (SVP): Dieser Budgetposten wurde in der letzten Budgetdebatte gestrichen. Es ist nicht zulässig, dass bereits gestrichene Budgetposten plötzlich wieder auftauchen und bewilligt werden. Dieser Vertrag hätte jederzeit gekündigt werden können.

Simon Kälin (Grüne): Die grüne Fraktion folgt dem Antrag der Minderheit. Wir haben unsere Haltung seit der letzten Budgetdebatte geändert. Diese Oxymountgeräte sind ökonomisch, praktisch und ökologisch. Durch die Oxymountgeräte wird der Anspruch künftig in der Verwaltung nur noch Leitungswasser zu konsumieren leichter erfüllt, da das Trinkwasser einfach mit Kohlensäure angereichert werden kann und es resultiert auf einfachste Art ein vollwertiger Ersatz für Flaschenwasser. Es ist günstiger und aufgrund des wegfallenden Transports von Wasser auch ökologischer.

Thomas Schwendener (SVP): Das Leitungswasser von Zürich ist gut, dieser Antrag ist weder ökonomisch, noch ökologisch.

S. 10	40 4040 3161 0100 3161 0200	Hochbaudepartement Immobilien-Bewirtschaftung Mieten + Benutzungskosten: Verwaltung + öffentl. Einrichtungen Mieten + Benutzungskosten: Schule		
13)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	160 000	Minderheit	Walter Angst (AL), Referent
	Neu	0	Mehrheit	Samuel Dubno (GLP), Referent; Präsident Roger Liebi (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Dr. Daniel Regli (SVP), Urs Schmid (FDP)
			Enthaltung	Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
	Verbesserung	160 000		
	Begründung	Wurde im Budget 2013 durch den Gemeinderat gestrichen		

17 / 31

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 94 gegen 16 Stimmen zu.

Antrag 14)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Martin Bürlimann (SVP): Dieser Zusatzkredit ist für private Photovoltaikanlagen. Trotz massiver Förderung liegt der Anteil genutzter Sonnenenergie im Promillebereich. In der Schweiz wird derselbe Fehler wie in Deutschland gemacht. Diese Installationen sind weder dringend, noch notwendig.

Christine Seidler (SP): Sonnenergie ist wichtig für die 2000-Watt-Gesellschaft.

S. 11	45 4502 565000	Departement der Industriellen Betriebe Vorfinanzierung von Stromsparmassnahmen Beiträge an private Unternehmungen		
14)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	2 000 000	Mehrheit	Christine Seidler (SP), Referentin; Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Präsident Roger Liebi (SVP), Referent; Dr. Daniel Regli (SVP)
	Verbesserung	2 000 000		
	Begründung	Nicht dringend		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 88 gegen 23 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 15)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Martin Bürlimann (SVP): Wir glauben noch nicht an den Erfolg des Glasfasernetzes. Die Anzahl von Hausanschlüssen ist hoch, jedoch wissen wir nichts über die Anzahl von zahlenden Abonnenten, Anschlüssen in den Wohnungen und Kunden. Immerhin soll es

sich nur um eine Verschiebung der Ausgaben handeln. Das ewz listet die Ausgaben normalerweise minutiös auf. Wir verstehen nicht, weshalb hier wichtige Angaben nicht geliefert werden.

Christine Seidler (SP): Auch dem Glasfasernetz wurde von den Stimmbürgerinnen und Stimmbürgern zugestimmt. Wir glauben an das Glasfasernetz, an Visionen und zukunftssträchtige Projekte.

S. 11	45 4530 502950	Departement der Industriellen Betriebe Elektrizitätswerk Telekommunikation		
15)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	20 100 000	Mehrheit	Christine Seidler (SP), Referentin; Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Präsident Roger Liebi (SVP), Referent; Dr. Daniel Regli (SVP)
	Verbesserung	20 100 000		
	Begründung	Glasfasernetz ist ein Millionengrab		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 92 gegen 23 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 16)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Margrit Haller (SVP): Es geht um die Neubesetzung einer Stelle nach einer Pensionierung. Die SVP-Fraktion lehnt den Zusatzkredit für die Personalversicherungsbeiträge ab. Der Personalaufwand der Stadt steigt stetig und übersteigt die Steuererträge. Die Stadt hat mittlerweile rund 30 000 Angestellte. Es muss möglich sein, einen Ersatz innerhalb der Verwaltung zu finden. Der Steuerzahler soll vorzeitige Pensionierungen nicht mitfinanzieren müssen. Eine Stellenplafonierung ist nötig.

Andrea Nüssli-Danuser (SP): Es geht nur um einen Überbrückungskredit für eine vorzeitige Pensionierung. Wir haben ein Anstellungsreglement mit klaren Rahmenregelungen, dort sind frühzeitige Pensionierungen vorgesehen. Im Novemberbrief war dieser Betrag noch nicht bekannt.

S. 12	50 5005 3040 0000	Schul- und Sportdepartement Schul- und Büromaterialverwaltung Personalversicherungsbeiträge		
16)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	80 200	Mehrheit	Andrea Nüssli-Danuser (SP), Referentin; Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Dr. Daniel Regli (SVP), Referent; Präsident Roger Liebi (SVP)
	Verbesserung	80 200		
	Begründung	Nicht jede Stelle muss bei einer Pensionierung sogleich ersetzt werden		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 88 gegen 23 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Rebekka Wyler (SP) stellt namens der SP-Fraktion den Antrag auf Rückkommen zum Antrag 3) der RPK und begründet diesen: *Es herrschte bei Antrag 3) eine allgemeine Verwirrung im Saal und es gab widersprüchliche Signale. Es gab Ratsmitglieder, die irrtümlicherweise gegen ihren Willen abstimmten.*

Mauro Tuena (SVP) stellt den Ablehnungsantrag: *Wir haben in der IFK über das Thema Rückkommen intensiv diskutiert und sind zur Übereinkunft gelangt, dass bei Budget- und Zusatzkreditdebatten keine Rückkommensanträge gestellt werden.*

Der Rat stimmt dem Antrag auf Rückkommen mit 78 gegen 32 Stimmen zu.

Rückkommen Antrag 3)

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat/Mehrheit	(2 900 000)	0 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(2 760 000)	93 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(0)	<u>22 Stimmen</u>
Total		115 Stimmen

20 / 31

= absolutes Mehr

58 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Minderheit 1 mit 93 Stimmen zugestimmt, womit das Quorum von 63 Stimmen für die gleichgeordneten Anträge und die Ausgabenbremse erreicht ist.

Die Debatte wird unterbrochen (Fortsetzung siehe Sitzung Nr. 182, Beschluss-Nr. 4127/2013).

Die Debatte wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 181, Beschluss-Nr. 4127/2013).

Antrag 17)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Daniel Regli (SVP): Vom Schulamt werden 750 000 Franken für Personal in Ausbildung im Bereich Betreuung gefordert. Unserer Meinung nach wird durch das steigende Betreuungsangebot die Familie geschwächt. Letztes Jahr wurden im Schulamt 100 Stellen geschaffen, davon 93 im Bereich Betreuungspersonal und Sonderpädagogik. In der Rechnung 2010 waren es 126 Millionen Franken, im Budget 2013 bereits 151 Millionen Franken. Damit noch nicht genug: Im Vorschulbereich ist nicht das Schul- und Sportdepartement zuständig, sondern das Sozialdepartement. Im letzten Jahr beliefen sich die dort Ausgaben für die Betreuung auf 64,7 Millionen Franken. Wir wehren uns dagegen, jedes Jahr eine Viertelmilliarde Franken für Betreuung und Sonderpädagogik auszugeben. Die Kostenspirale und die Anspruchsspirale drehen sich immer weiter. Das können wir nicht unterstützen.

Andrea Nüssli-Danuser (SP): Wir investieren diese Beträge in unsere Zukunft. Um die gesetzlichen Grundlagen zu erfüllen, brauchen wir Betreuung in den Horten. Die Ausbildung von Personal ist wichtig, um den Nachwuchs zu fördern. Die Praktikplätze haben unterschiedliche Löhne, weil sie zu unterschiedlichen Berufen gehören. Deshalb sind sie im Budget nicht genau berechenbar und es wird ein Zusatzkredit nötig.

Weitere Wortmeldung:

Dr. Urs Egger (FDP): Ausbildung ist eines unserer Kernthemen. Bildung ist wichtig. Sie ist letztlich immer mit dem Arbeitsmarkt verknüpft. Wenn von dort her eine künstliche Nachfrage generiert wird, wird zu viel Ausbildung betrieben. Deshalb schliessen wir uns hier der Minderheit an.

S. 12	50 5010 3012 0000	Schul- und Sportdepartement Schulamt Löhne des Personals in Ausbildung		
17)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	750 000	Mehrheit	Andrea Nüssli-Danuser (SP), Referentin; Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Dr. Daniel Regli (SVP), Referent; Präsident Roger Liebi (SVP)
			Enthaltung	Dr. Urs Egger (FDP), Urs Schmid (FDP)
	Verbesserung	750 000		
	Begründung	Stopp Ausbau Betreuungspersonal und Sonderpädagogik		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 76 gegen 38 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 18)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Thomas Monn (SVP): Die Entschädigung für Verwaltungstätigkeit ist im Schulamt seit Jahren steigend, wir erachten die Ausgaben für Schulentwicklungsprojekte, insbesondere den laufenden Ausbau der Sprachförderung, im Rahmen von QUIMS (Qualität in multikulturellen Schulen) als wenig erfolgversprechend. Seit über zehn Jahren investiert Zürich viel Geld in Schulen mit fremdsprachigen Schülern. Eine Studie hat gezeigt, dass keine nachweisbaren Erfolge damit verbunden sind. Der Zusatzkredit von 330 000 Franken kann gestrichen werden.

Andrea Nüssli-Danuser (SP): Die Schulleitungen bemühen sich bereits jetzt, haushälterisch mit den Ressourcen des Globalkredits umzugehen. Die Globalkredite sind auf die SchülerInnen- und Lehrpersonenzahl abgestimmt. Sind mehr Kinder da, braucht es auch mehr Lehrpersonen. Beim Kredit geht es darum, dass man Klassenlager oder QUIMS gut umsetzen kann und mit der wachsenden Schülerinnen- und Schülerzahl folgerichtig umgeht.

S. 12	50 5010 3028 0000	Schul- und Sportdepartement Schulamt Entschädigungen für Verwaltungstätigkeit		
18)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	330 000	Mehrheit	Andrea Nüssli-Danuser (SP), Referentin; Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Dr. Daniel Regli (SVP), Referent; Präsident Roger Liebi (SVP)
	Verbesserung	330 000		
	Begründung	Nicht dringend, auf nächstes Jahr verschieben		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 91 gegen 23 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 19)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Daniel Regli (SVP): Das Schulamt verlangt 840 000 Franken für Lebensmittel. Der Betrag wird unter anderem mit der unerwartet hohen Zunahme der Mittagsbetreuung begründet. Das kommt für uns nicht unerwartet. Auch bei der Mittagsbetreuung geht es um das grosse Geld. An die FDP: Der Sekretär des Schuldepartements sagte in Hinsicht auf die «Tagesschule light» der FDP, der Gemeinderat habe ein deutliches Zeichen für eine Entwicklung in Richtung gebundene Tagesschule gesetzt. Gebunden heisst aber nichts anderes als verbindlich. Hier wird die «Tagesschule light» für linksliberale Zwecke missbraucht. Beim Schulhaus Blumenfeld wird beispielsweise ein Drittel der Schulhausfläche für Betreuung und Mittagsbetreuung verwendet. Das kann man auf die halbe Milliarde Franken hochrechnen, die wir in den nächsten Jahren für Schulhäuser ausgeben möchten. Zieht man danach einen Drittel von den Baukosten ab, sieht man, wo dieses Abenteuer hinführt. Wir von der SVP wollen bei der staatlichen Massenverpflegung nicht mitmachen.

Andrea Nüssli-Danuser (SP): Die Anzahl Kinder, die Mittagsbetreuung beanspruchen, ist rasch angestiegen. Die Kinder müssen angemessen verpflegt werden. Deshalb braucht es mehr Lebensmittel. Eine Bemerkung: Die Lebensmittelpreise des Lieferanten sind zwar gesunken, doch die Anzahl Mahlzeiten hat zugenommen. Daher ist der Betrag etwas höher ausgefallen.

Weitere Wortmeldungen:

Severin Pflüger (FDP): Ich verstehe nicht, was das Votum von Dr. Daniel Regli (SVP) mit dem vorliegenden Antrag zu tun hat. Es geht bei diesem Zusatzkredit darum, dass die Kinder angemessen gepflegt werden. Zum angesprochenen Vorstoss der FDP: Wir möchten mit unserem Vorstoss erreichen, dass Kinder an der Schule bleiben können und dort gepflegt werden ohne grossen bürokratischen Aufwand, durchaus auch mit dem Sinn, dass Kinder mehr Zeit zu Hause verbringen.

Dr. Daniel Regli (SVP): Zum Votum von Severin Pflüger (FDP): Wer Wind sät, wird Sturm ernten.

S. 13	50 5010 3135 0000	Schul- und Sportdepartement Schulamt Lebensmittel		
19)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	840 000	Mehrheit	Andrea Nüssli-Danuser (SP), Referentin; Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Dr. Daniel Regli (SVP), Referent; Präsident Roger Liebi (SVP)
	Verbesserung	840 000		
	Begründung	Stopp Ausbau Mittagsbetreuung		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 91 gegen 22 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 20)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): Dieser Zusatzkredit behandelt die Transportleistungen im Schulamt. Die SVP wehrt sich schon länger gegen die steigenden Ausgaben in diesem Bereich. Die Therapeutisierung in der Volksschule nimmt stetig zu. Es wird immer mehr noch in Sonderklassen hin- und hertransportiert. Das Budget von einst 5 Millionen Franken liegt nun bei 5 680 000 Franken. Ganz offensichtlich wurde nichts von dem, was hätte überprüft werden sollen, jemals überprüft. Die Kosten laufen aus dem Ruder. Am Ende muss der Steuerzahler bezahlen. Die 680 000 Franken sollten gestrichen werden.

Andrea Nüssli-Danuser (SP): Auch hier geht es um die Umsetzung von gesetzlichen Grundlagen. Die Finanzierung der Schülertransporte in die Sonderschulen liegt nun auf der kommunalen Ebene. Es geht nicht um den Transport einer Ware. Kinder in Sonderschulen sollen die Möglichkeit haben, auch in den regulären Klassen Unterricht zu geniessen. Der Souverän hat sich für die integrative Förderung entschieden. Der Zusatzkredit ist daher berechtigt.

S. 13	50 5010 3172 0000	Schul- und Sportdepartement Schulamt Transporte/übrige Entschädigungen für SchülerInnen		
20)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	680 000	Mehrheit	Andrea Nüssli-Danuser (SP), Referentin; Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Präsident Roger Liebi (SVP), Referent; Dr. Daniel Regli (SVP)
	Verbesserung	680 000		
	Begründung	Ausgaben auf diesem Konto zu hoch		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 93 gegen 22 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 21)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Margrit Haller (SVP): Mit der Einführung des neuen Volksschulgesetzes und der Verordnung über die sonderpädagogischen Massnahmen wurden die Rahmenbedingungen der sonderpädagogischen Förderpraxis massiv verändert. Das hatte von 2005/06 bis 2011/12 eine Nettokostensteigerung von 21,7 Millionen Franken zur Folge. Es ist mit weiteren Kostensteigerungen zu rechnen. Im Budget wird zudem nicht die ganze Kostenwahrheit offengelegt. Wir sind nicht einverstanden, dass derart unrealistisch budgetiert wird. Es werden Zusatzkredite verlangt und nächstes Jahr sind erneut Zusatzkredite zu erwarten. Wir sind auch nicht einverstanden, dass nach der Einführung des integrativen Förderunterrichts vermehrt Schülerinnen und Schüler Heimen und Sonderschulen zugewiesen werden.

Andrea Nüssli-Danuser (SP): Die Ausgaben in der Sonderschulung steigen tatsächlich stetig an. Das Schulamt versucht aber, die Kosten in eine etwas stabilere Situation zu

bringen und Massnahmen einzuleiten. Das geht nicht, indem die Mehrausgaben, die nun nötig sind, einfach gestrichen werden. Sie wurden alle aufgrund fachlicher Beurteilungen von Fachpersonen generiert, die den Kindern aus einem beruflichen Ethos gerecht werden wollen. Kinder sollten entsprechend ihrer Fähigkeiten gefördert werden.

Weitere Wortmeldung:

Margrit Haller (SVP): Die Entwicklung ist sichtbar. Es wurde zu knapp budgetiert. Ich erwarte im 2014 eine bessere Budgetierung. Man muss das dort budgetierte Geld an einem anderen Ort einsparen, wo eher gespart werden kann. Am Ende müssen wir eine ausgeglichene Bilanz haben.

S. 13	50 5010 3660 0130	Schul- und Sportdepartement Schulamt Schulungsbeiträge an private Heim- und Sonderschulungen		
21)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	1 200 000	Mehrheit	Andrea Nüssli-Danuser (SP), Referentin; Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Dr. Daniel Regli (SVP), Referent; Präsident Roger Liebi (SVP)
	Verbesserung	1 200 000		
	Begründung	Stopp Ausbau externe Sonderschulungen		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 90 gegen 24 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 22)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): Es handelt sich um Mehrkosten von 215 000 Franken im Zusammenhang mit der Musikschule Konservatorium Zürich (MKZ). Die Mehrkosten werden mit Krankheit und Abwesenheiten begründet. Das soll auch nicht in Frage gestellt werden. Ich möchte aber an dieser Stelle auf die Weisung 2010/440 aufmerksam machen: Dort heisst es, die MKZ solle durch Optimierung der Unterrichtsplanung und Bündelung der finanziellen, räumlichen und personellen Ressourcen Synergiepotenziale ausnutzen.

Bereits damals warnte ich, dass Mehrkosten entstehen würden. Dem Gemeinderat wird vorgegaukelt, dass die Stadt Synergien schaffen und Finanzen optimieren möchte. Doch die Stadt macht genau das Gegenteil. Die steigenden Kosten sind eine Folge davon.

Andrea Nüssli-Danuser (SP): *Bei krankheitsbedingten Abwesenheiten müssen Vikarinnen und Vikare bezahlt werden. Diesen wollte man entsprechend auch eine Sozialversicherung bezahlen. Das hat nichts mit der Fusion der beiden Schulen zu tun. Die Mehrheit der RPK ist der Meinung, dass die Vikarinnen und Vikare auch eine Sozialversicherung haben sollten.*

S. 14	50 5026 3029 0000 3030 0000 3040 0000	Schul- und Sportdepartement Musikschule Konservatorium Zürich Entschädigungen an VikarInnen Sozialversicherungsbeiträge Personalversicherungsbeiträge		
22)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	215 000	Mehrheit	Andrea Nüssli-Danuser (SP), Referentin; Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Walter Angst (AL), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Präsident Roger Liebi (SVP), Referent; Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Dr. Daniel Regli (SVP), Urs Schmid (FDP)
	Verbesserung	215 000		
	Begründung	Die Befürchtungen der SVP anlässlich der Fusion bewahrheiten sich		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 64 gegen 50 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 23)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Daniel Regli (SVP): *Für sonderpädagogische Massnahmen im Vor- und Nachschulbereich werden 200 000 Franken verlangt. Es geht hauptsächlich um den Frühbereich. Die Zahlen dort sind etwa zwanzig Mal so hoch wie diejenigen im Nachschulbereich. Im letzten Jahr waren es 817 Kinder. Weil die Stadt nur 40 % dem Kanton überweisen muss und der Kanton 60 % für die Sonderpädagogik bezahlt, waren es im Vergleich zum Vorjahr zusätzliche 140 Kinder. Dies entspricht einer Steigerung von 16 %. Wenn man ein Kind von seiner Mutter distanziert, wird die Muttersprache weniger gefördert und das Kind braucht Logopädie. Wird ein Baby dem Stress in der Krippe ausgesetzt, wird es später verhaltensauffällig. Die Gesellschaft wird geschwächt und stellt sich als grossen*

Retter dar. Hier können wir nicht mitmachen.

Rebekka Wyler (SP): *Im Bereich der Sonderpädagogik existieren langfristige Unterstützungsmassnahmen, zum Beispiel für Kinder mit Behinderungen. Weiter geht es um das Aufarbeiten von Entwicklungsdefiziten bei Kindern. Das Ziel ist, dass sie später die gleichen Chancen haben wie die anderen Kinder. Die Fallzahlen nehmen zu, weil es mehr Kinder sind, die diese Angebote benötigen. Man kann in diesem Sinne nicht von einem Ausbau sprechen.*

Weitere Wortmeldungen:

Severin Pflüger (FDP): *Die integrative Schule bedingt, dass alle Kinder in der Regelklasse integriert werden. Das bedingt, dass gewisse Kinder trotzdem individuell gefördert werden müssen, weil sie in der Regelklasse für sie ungenügende Förderung erhalten. Das wiederum bedingt eine Sonderpädagogik und diese wächst und dehnt sich aus. Wir glauben nicht, dass dies das Ziel sein kann. Wir glauben auch nicht, dass jedes der betreffenden Kinder diese Massnahmen wirklich nötig hat. Man sollte überprüfen, was das System gebracht hat, bevor man es ausbaut. Die Fallzahlen wachsen und die Kosten wachsen. Es ist nicht bekannt, ob die Kinder glücklicher sind und ob ihre schulischen Leistungen tatsächlich besser werden. Es müsste das Ziel sein, dass es den Kindern subjektiv besser geht. Zu dieser Frage existiert keine Evaluation. Auch auf die Frage, ob die Schulleistungen dieser Kinder besser geworden sind, erhielten wir keine direkte Antwort. Es wurde darauf verwiesen, dass der Anteil von Schülern, die Lehrstellen erhalten, höher sei. Dort handelt es sich aber um andere Anstrengungen der Stadt. Man sollte sich überlegen, ob der Aufwand sich gelohnt hat, bevor man weiter ausbaut.*

Dr. Daniel Regli (SVP): *Den Kindern werden unzählige sonderpädagogische Tools angeboten. Wir bemühen uns immer wieder, an Fakten zu kommen. Wir brauchen Fakten, um hier besser diskutieren zu können.*

Andrea Nüssli-Danuser (SP): *Wenn bei einem Kind eine Schwäche vorliegt und man sie früh angeht, sind die Kosten langfristig geringer. Das macht bis hin zur Lehrstelle etwas aus, wenn die Kinder eine Chance haben sollen, auf unserem Arbeitsmarkt zu bestehen.*

Michael Schmid (FDP): *Die Frage, ob die Kinder zufriedener sind, ob sie besser unterrichtet werden und dabei mehr lernen, wurde bisher in keinem Bericht beantwortet. Dieser Frage muss man nachgehen.*

S. 15	55 5550 3610 0000	Sozialdepartement Soziale Dienste Beiträge an Kanton		
23)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	200 000	Mehrheit	Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Dr. Daniel Regli (SVP), Referent; Präsident Roger Liebi (SVP)
			Enthaltung	Dr. Urs Egger (FDP), Urs Schmid (FDP)
	Verbesserung	200 000		
	Begründung	Kein weiterer Ausbau der Sonderpädagogik		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 77 gegen 39 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

2.2 Ordentliche Kreditübertragungen

Antrag 24)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): Hier handelt es sich um eine Kreditübertragung. Das Gesundheits- und Umweltdepartement hat einigen Leuten Mobiltelefone verteilt und bezahlt. Dann entschied man sich, die Praxis zu ändern: Statt der Abgabe der Mobiltelefone werden die Rechnungen bezahlt. Die Rechnungen sind tiefer als die Kosten von Mobiltelefonen, der Betrag blieb allerdings gleich. Das bedeutet, dass die Bezugsberechtigung vergrössert wurde und nun mehr Leute Anrecht auf Rückvergütung haben. Damit sind wir nicht einverstanden.

Karin Rykart Sutter (Grüne): Es sind gleich viele Personen betroffen. Mit der neuen Praxis ist der Verwaltungsaufwand deutlich geringer. An den Kosten an sich ändert sich nichts.

S. 17	30 3045 von 3910 0000 nach 3170 0000	Gesundheits- und Umweltdepartement Umwelt und Gesundheitsschutz Vergütung an OIZ für IT-Leistungen Reise- und Spesenentschädigungen des Personals		
24)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	25 000	Mehrheit	Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Präsident Roger Liebi (SVP), Referent; Dr. Daniel Regli (SVP)
	Begründung	Keine Ausweitung der Bezugsberechtigung		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 91 gegen 22 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 25)

Kommissionsminderheit:

Dr. Daniel Regli (SVP) zieht den Antrag der Minderheit zurück: Aufgrund von Sachverhalten, die uns in der Zwischenzeit bekannt wurden, ziehen wir den Antrag zurück.

S. 19	von 30 3000 3650 0500 nach 55 5500 3650 0310	Gesundheits- und Umweltdepartement GUD Zentrale Verwaltung Beiträge an Gesundheitsinstitutionen Sozialdepartement SD Zentrale Verwaltung Beitrag an Zürcher Fachstelle für Alkoholprobleme		
25)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	35 000	Mehrheit	Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Dr. Daniel Regli (SVP), Referent; Präsident Roger Liebi (SVP)
	Begründung	Gehört zum GUD		

30 / 31

Schlussabstimmung über die bereinigte Dispositivziffer 1

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur bereinigten Dispositivziffer 1.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der bereinigten Dispositivziffer 1.

Mehrheit: Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
Minderheit: Präsident Roger Liebi (SVP), Referent; Dr. Daniel Regli (SVP)

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 93 gegen 22 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Schlussabstimmung über die bereinigte Dispositivziffer 2

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zur bereinigten Dispositivziffer 2.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der bereinigten Dispositivziffer 2.

Mehrheit: Vizepräsidentin Rebekka Wyler (SP), Referentin; Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli-Danuser (SP), Karin Rykart Sutter (Grüne), Urs Schmid (FDP), Christine Seidler (SP), Florian Utz (SP)
Minderheit: Präsident Roger Liebi (SVP), Referent; Dr. Daniel Regli (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 94 gegen 22 Stimmen zu.

Damit ist beschlossen:

1. Für das Jahr 2013 werden gemäss der vorstehenden detaillierten Zusammenstellung zusammenfassend folgende Zusatzkredite I. Serie bewilligt:

Art	Laufende Rechnung Fr.	Investitions rechnung Fr.
1. Zusatzkredite	29 566 800	32 709 800
2. Kreditübertragungen	+5 622 100 -5 622 100	+3 440 000 -3 440 000
Zusatzkredite brutto	29 566 800	32 709 800

31 / 31

2. Es wird davon Kenntnis genommen, dass

	Laufende Rechnung Fr.	Investitions rechnung Fr.
– den Zusatzkrediten von	29 566 800	32 709 800
– den Kreditübertragungen von	+5 622 100	+3 440 000
auf anderen Konten gegenüberstehen:		
– verursachte Minderaufwendungen bzw. Minderausgaben aus den Kreditübertragungen von	–5 622 100	–3 440 000
– Minderaufwendungen/Mehrerträge bzw. Minderausgaben/Mehrein- nahmen aus den Zusatzkrediten von	–9 112 600	–7 786 300
sodass sich Netto-Mehrausgaben ergeben von	20 454 200	24 923 500

Mitteilung an den Stadtrat und amtliche Publikation am 17. Juli 2013 gemäss Art. 14 der Gemeindeordnung

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat